



Hamburg Protocol

Auf Einladung der Hochschulrektorenkonferenz, der Körber-Stiftung und der Universität Hamburg trafen sich vom 10. bis 12. Juni 2015 Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten aus aller Welt in Hamburg, um die derzeitige Situation der Universitäten und ihre weitere Entwicklung im Globalisierungsprozess zu diskutieren.

Im Zuge der Globalisierung stehen Hochschulsysteme weltweit vor vergleichbaren Herausforderungen und befinden sich über regionale und nationale Grenzen hinweg zunehmend miteinander im Wettbewerb. Als Reaktion auf diese Entwicklung lassen sich auf globaler Ebene im Bereich der postsekundären Bildung, inklusive der Hochschulsysteme, sowohl Konvergenzen als auch Divergenzen beobachten. Kein Modell aber sollte die anderen dominieren. Vielmehr sollten unterschiedliche Konzepte von Universität verfolgt werden, die gerade in einer globalisierten Welt kulturelle Identitäten verkörpern.

Vereint in dem Ziel, die doppelte Aufgabe der Universität zu bewahren, nämlich neues Wissen für die Menschheit hervorzubringen sowie verantwortungsvolle Weltbürger zu bilden, und einig in der Sorge um die gegenwärtigen Entwicklungen in postsekundären Bildungssystemen weltweit, haben sich die Teilnehmer auf folgende Analyse und Empfehlungen verständigt:

Die beim ersten Hamburg Transnational University Leaders Council anwesenden Hochschulpräsidentinnen und -präsidenten halten es für wesentlich, dass:

- zur theoretischen und ethischen Grundlegung der Hochschulbildung die Balance gewahrt wird zwischen dem Erwerb von Wissen und Fertigkeiten und der Bildung von Persönlichkeiten, und dass diese Vermittlung sowohl den Anforderungen von Wirtschaft und Industrie gerecht wird als auch der Gesellschaft dienlich ist.
- sowohl das Verhältnis zwischen den einzelnen Wissenschaftlern und ihrer Universität als auch das Verhältnis zwischen Hochschule und Staat in einer Art und Weise gestaltet wird, dass die akademische Freiheit von Forschung und Lehre dauerhaft geschützt bleibt.
- die Differenzierungsprozesse im postsekundären Bildungsbereich auf Entscheidungen basieren, die auf der Grundlage einer Verständigung mit der akademischen Gemeinschaft und den Hochschulen selbst getroffen werden und den Anforderungen der Wissenschaft entsprechen.
- jeder die Möglichkeit zum Hochschulzugang hat, unabhängig vom individuellen sozialen Hintergrund und den finanziellen Gegebenheiten, so dass auf diese Weise soziale Mobilität befördert wird.
- im Geiste partnerschaftlicher Zusammenarbeit gehandelt wird, der Austausch akademischen Talents zwischen den Weltregionen gefördert und so die Entwicklung von wissensbasierten Gesellschaften in allen Teilen der Welt ermöglicht wird.
- die zentralen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaften und unser Planet stehen, angegangen werden.

Eine gemeinsame Initiative von



*Die Kernaufgabe der
Universität*

Das traditionelle Verständnis der Universität, nach dem ihre Hauptaufgabe darin besteht, Forschung, Lehre und Bildung voranzutreiben, wird derzeit in Frage gestellt: Eine Vielzahl von Kräften, wie zum Beispiel grob vereinfachende Reaktionen auf den Druck des Marktes, zwingt die Hochschulen dazu, sich den verändernden gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen, und dabei gleichzeitig ihre zentralen Werte zu bewahren.

Heutzutage ist eine einfache Definition des Begriffs „Hochschule“ weder verfügbar, noch ist sie wünschenswert. Vielmehr beinhaltet der Kernauftrag der Universität mindestens drei Hauptaspekte: Forschung, Lehre und Wirkung in die Gesellschaft. Hochschulen stärken kritisches Denken, um akademisches Personal und Studierende zu befähigen, sich an neue Situationen anzupassen, Probleme zu lösen und Innovationen hervorzubringen.

In Abhängigkeit von den jeweiligen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und regionalen Rahmenbedingungen existiert eine begrüßenswerte Vielfalt von Hochschultypen: Auf der einen Seite steht die Hochschule als Einrichtung, die auf die Gesellschaft einwirkt, auf der anderen Seite die Hochschule als Ort der individuellen Bildung und als öffentliches Gut.

*Akademische Freiheit
und
Hochschulautonomie*

Menschliche Entwicklung und wissenschaftliche Entdeckungen sind nur möglich, wenn akademische Freiheit nicht nur im Sinne von Gedankenfreiheit, sondern auch im Sinne von Personenfreizügigkeit gegeben ist. An einer Hochschule, die für Autonomie auf allen Ebenen eintritt, müssen Lehre und Forschung von den Hochschulangehörigen gemeinsam weiterentwickelt werden.

Die Autonomie der Institution geht mit der Verpflichtung einher, soziale Verantwortung zu übernehmen und im kontinuierlichen Dialog mit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Rechenschaft über das eigene Handeln abzulegen. Die Hochschulen rechtfertigen das in sie gesetzte Vertrauen, indem sie die gemeinsamen Werte der weltweiten akademischen Gemeinschaft zur festen Grundlage für Forschung, Lehre und Lernen an den Universitäten machen. Gleichzeitig schützen sie die Unverletzlichkeit von Forschung, Lehre und Lernen.

Wir beanspruchen akademische Freiheit, verstanden als die Freiheit, in einem akademischen Umfeld zu lehren und zu forschen. Wir beanspruchen ferner institutionelle Autonomie, die rechtliche, finanzielle, organisatorische und akademische Autonomie umfasst.

Eine gemeinsame Initiative von



*Differenzierung in
nationalen
Hochschulsystemen*

Der Ausbau und die Öffnung der Hochschulen verlangen Differenzierung, im Sinne von Diversität, in vielen Dimensionen. Dafür gibt es nicht den einen Weg, vielmehr ist Flexibilität gefordert.

Forschungsexzellenz ist nicht das einzige Qualitätskriterium: Regierungen sollten auch andere Qualitätsmerkmale anerkennen.

Unabhängig vom zugrundeliegenden System obliegt es der Verantwortung der Hochschulen, den Bedürfnissen der Studierenden und der Gesellschaft gerecht zu werden und die Bedeutung der unterschiedlichen Aufgaben der Hochschulen – jenseits der Forschung – hervorzuheben.

*Zugang zu
Hochschulbildung*

Der Zugang zu postsekundärer Bildung sollte allen offen stehen. Aus diesem Grund muss der Sektor in verschiedene Typen von Bildungseinrichtungen untergliedert werden.

Der Zugang darf keinesfalls sozial selektiv erfolgen. Das einzige Kriterium sollte das Potenzial des Individuums sein. Es sollten daher alle Anstrengungen unternommen werden, um die Beteiligung von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen zu gewährleisten. Allein die Hochschule sollte über Fragen des Hochschulzugangs entscheiden, wobei mehr als nur die Noten der Sekundarschule berücksichtigt werden sollten.

*Die Finanzierung von
universitärer
Forschung und
Bildung*

Wir sind besorgt über die unzureichende Finanzierung durch die nationalen Regierungen. Die zunehmende Marktorientierung und die daraus resultierende Privatisierung von universitärer Bildung und Forschung führen sowohl zu einem eingeschränkten Zugang zu Hochschulbildung als auch zum Abbau von wissenschaftlichen Disziplinen, vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Hochschulbildung und Grundlagenforschung sind öffentliche Güter. Deshalb sollte die Notwendigkeit öffentlicher Finanzierung für Grundlagenforschung und Bildung anerkannt werden. Dies ist der einzige Weg, um das universelle Recht auf Zugang zu Hochschulbildung zu gewährleisten.

Um eine angemessene Planung zu ermöglichen, ist die langfristige budgetäre Planungssicherheit von zentraler Bedeutung. Universitäten sollten die Befugnis haben, verschiedene Finanzierungsquellen zu erschließen.



Wir, die Teilnehmer des Hamburg Transnational University Leaders Council 2015, sind vereint in der Auffassung, dass die Zukunft der Universitäten von ihren Antworten auf die gemeinsamen Herausforderungen für den postsekundären Bildungssektor weltweit abhängt. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass wir gemeinsame Werte formulieren und fördern, die zur Zukunftsfähigkeit des weltweiten Hochschulsystems beitragen. Nur wenn wir zusammenarbeiten, werden wir ein gleichberechtigtes Miteinander von postsekundären Bildungssystemen erreichen, die lokal, national und regional geprägt sind, aber auf gemeinsamen globalen Werten basieren.

Wir verpflichten uns dazu, sowohl einzeln als auch gemeinsam, den weiteren Prozess gemäß diesen Überzeugungen zu gestalten.

Wir erwarten darüber hinaus, dass sich alle Entscheidungsträger, die die Entwicklung der postsekundären Bildung und Grundlagenforschung gestalten, von den im Hamburg Protocol gemeinsam dargelegten Werten leiten lassen und alles in ihrer Macht Stehende tun werden, um diese gemeinsamen Werte Wirklichkeit werden zu lassen.

Hamburg, 12. Juni 2015

Eine gemeinsame Initiative von